

Wenn nicht die Sache, sondern der Machterhalt im Vordergrund steht

Wildecker SPD und FDP lehnen Gespräche zur Übernahme von KiTa-Gebühren ab.

Vieles kam zusammen in der vorigen Sitzung der Wildecker Gemeindevertretung. Besonders der Antrag von SPD und FDP auf Erlass der KiTa- Gebühren erhitze die Gemüter, sogar eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung wurde einberufen. Danach stand für CDU, FWG und GRÜNE fest, dass der Antrag im Großen und Ganzen richtig ist, jedoch verfrüht eingebracht wurde. Dies war und ist der Hauptgrund der Ablehnung.

Zur Vorgeschichte: Bereits seit dem Beschluss zur Stundung der KiTa-Gebühren aufgrund des Corona-Lockdowns gab es Überlegungen, wann über deren nachträglichen Einzug oder Erlass zu entscheiden sei. Letztendlich wurde in einer Bürgermeisterdienstversammlung besprochen, diese Entscheidung erst zu treffen, wenn das Land Hessen über entsprechende Hilfen beschlossen hat. Dies berichtete Bürgermeister Wirth selbst während der Debatte und äußerte Unverständnis über den Zeitpunkt des Antrags. Für CDU, FWG und GRÜNE hat diese stillschweigende Vereinbarung Bestand! Deshalb lehnten die drei Fraktionen den Antrag zu diesem Zeitpunkt ab.

SPD und FDP konnten nicht nachvollziehbar darlegen, weshalb in der Sache Zeitdruck besteht, denn die Stundung der Gebühren hat Bestand bis zum Ende der Krisensituation. Erst nach der Entscheidung der schwarz-grünen Landesregierung sollten die gestundeten KiTa-Gebühren erlassen und dabei die genaue Ausgestaltung der Kostenübernahme möglichst fraktionsübergreifend beschlossen werden.

Unsere Position: Selbstverständlich ist auch die Grüne Fraktion für einen Gebührenerlass – allerdings nur für diejenigen Kinder, die aufgrund der Corona-Situation keine Betreuung wahrnehmen konnten. „Von den Familien, denen die Notbetreuung offenstand, keine Gebühren zu verlangen, ist doppelt ungerecht“, sagt dazu der Grüne Gemeindevertreter Erik Dänner, dessen Familie selbst zu dieser Gruppe gehört. „Wir hatten es einfacher, durch die Krise zu kommen. Sowohl für unsere Kinder als auch für uns Eltern gab es trotz Lockdown zumindest etwas Normalität – das Privileg hatten leider nicht alle! Daher sehe ich keinen Grund, warum wir nicht für die erhaltene Leistung bezahlen sollten.“

Leider lehnt die SPD-FDP-Fraktion auch nach mehrmaliger Einladung eine gemeinsame Lösungsfindung mit CDU, FWG und GRÜNEN ab. Sieht so verantwortungsvolle Politik aus?

Nach intensiver Debatte in der Gemeindevertreterversammlung vom 30.07.2020 möchten wir zur Vollständigkeit und Transparenz die geäußerte abweichende Sichtweise von BGM Wirth darlegen, hier als Auszüge aus seiner Rede (in blau):

Ich erklärte, dass im Rahmen unserer wöchentlichen Telefonkonferenz mitgeteilt wurde, dass die kommunalen Spitzenverbände derzeit im Gespräch mit der Landesregierung sind. Aus diesem Grund hat der Gemeindevorstand den Antrag nicht eingebracht. [...]

Auf der Homepage des Grünen Kreisverbandes lese ich zu unserer letzten Gemeindevertreterversammlung:

„Letztendlich wurde in einer Bürgermeisterdienstversammlung besprochen, diese Entscheidung erst zu treffen, wenn das Land Hessen über entsprechende Hilfen beschlossen hat. Dies berichtete Bürgermeister Wirth selbst während der Debatte und äußerte Unverständnis über den Zeitpunkt des Antrags. Für CDU, FWG und GRÜNE hat diese stillschweigende Vereinbarung Bestand! Deshalb lehnten die drei Fraktionen den Antrag zu diesem Zeitpunkt ab.“ [...]

Wir bitten, die Ungenauigkeit, ob Bürgermeisterdienstversammlung oder wöchentliche Telefonkonferenz, zu entschuldigen. Es war bekannt, dass der Gemeindevorstand bewusst abwartet. Ein Voreilen durch die Gemeindevertretung war aus unserer Sicht nicht notwendig.

Weiter steht auf dieser Homepage:

„SPD und FDP konnten nicht nachvollziehbar darlegen, weshalb in der Sache Zeitdruck besteht, denn die Stundung der Gebühren hat Bestand bis zum Ende der Krisensituation.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vom Gemeindevorstand am 31.03.2020 gefasste Beschluss lautete: „Der Gemeindevorstand beschließt, im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage die Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern sowie die Verpflegungsentgelte für die Inanspruchnahme der Mitversorgung, beginnend ab 01.04.2020 auf unbestimmte Zeit, längstens jedoch bis zur Aufhebung der Krisenlage **oder durch endgültige Beschlussfassung in der Gemeindevertretung, auszusetzen.**“

Dieser Beschluss wurde in Ihrer letzten Sitzung gefasst! Denn dieser Antrag wurde von CDU, FWG und GRÜNE abgelehnt!

Das sehen wir GRÜNEN weiterhin anders: Der Antrag der SPD-FDP-Fraktion galt dem endgültigen Erlass der Kostenbeiträge, nicht dem Aussetzen. Ein wichtiger Unterschied zum Beschluss des Gemeindevorstands! Zum Zeitpunkt des Antrags war der Regelbetrieb noch nicht wieder aufgenommen, demnach die Krisenlage noch nicht aufgehoben. Die Ablehnung des Antrages auf Erlass kann daher nicht mit der Beendigung der Stundung gleichgesetzt werden.

Unser Anliegen ist es, die BürgerInnen bestmöglich und vollständig zu informieren. Natürlich kann es auch zu Missverständnissen kommen, besonders in hitzigen Debatten. Wir hoffen, Ihnen mit den nachträglichen Erläuterungen zur Sitzung einen möglichst umfassenden Eindruck verschaffen zu können. Sie, liebe Leserin, lieber Leser, bilden sich Ihre eigene Meinung!